

## SWP-Aktuell

NR. 39 AUGUST 2026

# Türkische Außenpolitik nach dem Nato-Gipfel in Ankara

Kein Zurück zur »Westorientierung«, aber Grenzen der »strategischen Autonomie«

Yaşar Aydın

Der Nato-Gipfel vom 7. und 8. Juli 2026 in Ankara bescherte Präsident Recep Tayyip Erdoğan einen persönlichen Prestigegewinn und der Türkei eine symbolische Aufwertung ihrer Stellung in der Nato sowie als Sicherheitspartner für USA und EU. Doch die konkreten Ergebnisse waren bescheiden. Die von der türkischen Regierung wahrgenommenen sicherheitspolitischen Bedrohungen sowie das Interesse, die internationale Vernetzung voranzutreiben und die Exportchancen der expandierenden Rüstungsindustrie des Landes auszubauen, erfordern engere Kooperation mit den USA und der EU. Dadurch stößt das Leitbild der »nationalen strategischen Autonomie«, das Ankara gegenüber Washington wie Brüssel verfolgt, an seine Grenzen. Die beim Gipfel in der türkischen Hauptstadt demonstrierte Nähe zum US-Präsidenten Donald Trump könnte sich als Hindernis für das Ziel der türkischen Führung erweisen, die Türkei als europäische Mittelmacht stärker in die europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden. Umgekehrt könnte eine Annäherung an die EU das Verhältnis zu Trump belasten. Trotz solcher Dilemmata bleibt eine strategische Rückkehr zur »klassischen Westorientierung« ausgeschlossen.

Beim Nato-Gipfel in Ankara bestand die Herausforderung darin, die sicherheitspolitischen Differenzen zwischen den USA und den EU-Staaten zu überbrücken und politische Geschlossenheit zu demonstrieren. Die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, er komme »wegen Erdoğan« nach Ankara, hatte Hoffnungen auf eine Vermittlerrolle des Gastgebers Präsident Recep Tayyip Erdoğan geweckt, die sich jedoch nicht erfüllten. Dass ein Eklat ausblieb und der Gipfel reibungslos verlief, werteten die Bündnispartner als Erfolg.

Entsprechend positiv fiel die Bilanz für die Türkei aus.

Bundeskanzler Friedrich Merz bezeichnete beim Treffen der Koalition der Willigen im Élysée-Palast am 13. Juli 2026 den Gipfel als »gut vorbereitet«. Merz würdigte diesen als »einen weiteren Erfolg« in der Geschichte des transatlantischen Bündnisses, da er gezeigt habe, »dass alle 32 Nato-Staaten zusammenstehen, wenn es darum geht, die Freiheit in Europa zu verteidigen«.

US-Präsident Trump gab sich ebenfalls beeindruckt, sprach von »Harmonie« unter



den Bündnispartnern, nahm an sämtlichen Beratungen teil und trug die verabschiedete Gipfelerklärung mit. Darin wird das uneingeschränkte Bekenntnis der Bündnispartner zu Artikel 5 des Nato-Vertrags bekräftigt, Russland als langfristige Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit eingestuft und Unterstützung für die Ukraine einschließlich weiterer europäischer und kanadischer Finanzhilfen zugesichert.

Bei näherer Betrachtung indes relativiert sich der Eindruck eines gefestigten Zusammenhalts im Bündnis. Der Anschein, wesentliche Spannungen seien abgebaut und sicherheitspolitische Differenzen überbrückt worden, hat sich als trügerisch erwiesen. Zum Abschluss des Nato-Gipfels erneuerte Trump seine Kritik an europäischen Verbündeten und erwog, den Handel mit Spanien einzustellen, weil das Land sich weigert, das Fünf-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben anzustreben und US-Militäroperationen gegen Iran zu unterstützen. Der US-Präsident erneuerte zugleich seine Forderung nach militärischer Kontrolle über Grönland und beendete den fragilen Waffenstillstand mit Teheran.

Auch Erdogans Prestigegewinn entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als eher mäßig. Er ist vor allem Ausdruck der gestiegenen geopolitischen Bedeutung der Türkei – besonders mit Blick auf aktuelle Sicherheitsherausforderungen für die Nato, die EU und die USA –, geht jedoch weniger auf konkrete Erfolge beim Nato-Gipfel zurück. In dessen Vorfeld hatte Ankara seine diplomatischen Bemühungen intensiviert, um die Rüstungskoooperation mit den USA wiederzubeleben und an Programmen und Fonds der EU zur Finanzierung eigener Rüstungsprojekte teilzunehmen.

### **Vertiefte Rüstungskoooperation mit den USA und der EU**

Ankaras rüstungspolitische Strategie bewegt sich in einem Spannungsfeld. Einerseits soll eine leistungsfähige nationale Verteidigungsindustrie den Aufbau militärischer Fähigkeiten vorantreiben sowie außen-

politische Eigenständigkeit und sicherheitspolitische Resilienz stärken. Andererseits sind zentrale Rüstungsprojekte und technologische Kapazitäten mehr denn je von Abhängigkeiten gegenüber Bündnispartnern geprägt. Mit einem Anteil von 56 Prozent an den Exporten des türkischen Verteidigungs- und Luftfahrtsektors bildeten die EU, andere Nato-Mitgliedstaaten und die USA im Jahr 2025 die wichtigsten Absatzmärkte. Dies ist ein Beleg für die deutliche Westorientierung der Exportstrategie.

### **Wenig Ertrag auf dem Nato-Forum für Verteidigungsindustrie**

Aus Sicht Ankaras liegt eines der größten geopolitischen Risiken darin, nicht Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur zu sein und bei deren Entscheidungsprozessen außen vor zu bleiben. Dadurch bliebe das Land vom Zugang zu Finanzierungs- und Beschaffungsmechanismen der EU für Verteidigungsgüter ausgeschlossen. Beim parlamentarischen Nato-Treffen am 28. und 29. Juni 2026 in Istanbul forderte Präsident Erdoğan, die Türkei intensiver in europäische Verteidigungsinitiativen einzubinden und Beschränkungen für die Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie abzubauen.

Vor diesem Hintergrund gewann das am Rande des Gipfels veranstaltete *Nato-Forum für Verteidigungsindustrie* an Bedeutung. Dort kamen Entscheidungsträger aus den Nato-Staaten mit Führungskräften großer Rüstungsunternehmen zusammen, darunter auch türkische. Dem Gastgeberland bot das Forum die Gelegenheit, die Leistungsfähigkeit der türkischen Rüstungsindustrie zu präsentieren, neue Beschaffungs- und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten und die Einbindung der Türkei in die europäische und transatlantische Verteidigungsindustrie-Lieferketten voranzutreiben.

In diesem Kontext bewertete Ankara die rüstungspolitischen Weichenstellungen der Nato positiv, da sie den sicherheits- und rüstungspolitischen Interessen der Türkei weitgehend entgegenkamen. In der Abschlusserklärung des Gipfels verpflichteten sich die Mitgliedstaaten, »neue Beschaf-

fungen im Wert von mehr als 50 Milliarden US-Dollar« vorzunehmen und »die gemeinsame Produktionskapazität auszubauen sowie gemeinsam mit der Industrie Innovationen zu beschleunigen«. Besonders relevant für Ankara ist ferner die Zusage, »Handelshemmnisse im Verteidigungsbereich zwischen den Bündnispartnern abzubauen und die Partnerschaften der Nato zu nutzen, um die verteidigungsindustrielle Basis und die Zusammenarbeit zu vertiefen und zu maximieren«. Damit entsprechen die Gipfelbeschlüsse einem zentralen türkischen Anliegen, nämlich die türkische Rüstungsindustrie intensiver in transatlantische Netzwerke einzubeziehen sowie Kooperationshemmnisse unter Bündnispartnern mit der Zeit zu beseitigen.

Der konkrete Ertrag des Forums für Verteidigungsindustrie blieb jedoch begrenzt. Zwar schaffen die angestoßenen Kooperationsformate Perspektiven für eine stärkere Einbindung türkischer Rüstungsunternehmen in Nato-bezogene Industrieprozesse, doch bleibt offen, ob sie tatsächlich Zugang zu europäischen Beschaffungsprogrammen erhalten sollen. Dies gilt besonders mit Blick auf das EU-Finanzierungsinstrument SAFE, das als EU-internes Programm Drittstaaten wie die Türkei ausschließt.

Daher ist ungewiss, inwieweit türkische Unternehmen von der angekündigten Erhöhung der europäischen Verteidigungsausgaben profitieren und welche neuen Absatz- und Kooperationsmöglichkeiten sich daraus ergeben. Konkrete Schritte, um den Zugang türkischer Rüstungsfirmen zu europäischen Märkten zu verbessern, wurden jedenfalls nicht vereinbart.

## **Kein Durchbruch in den Beziehungen zu den USA**

Beim Nato-Gipfel wollte Ankara Präsident Trump auch davon überzeugen, die Sanktionen gemäß dem Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (CAATSA) aufzuheben — sie sehen Strafmaßnahmen gegen Staaten vor, die bedeutende Rüstungsgeschäfte mit Russland tätigen — sowie den

Beschränkungen für die Lieferung von F-35-Kampffjets ein Ende zu setzen.

Der türkisch-amerikanische Konflikt über diese Punkte reicht bis ins Jahr 2019 zurück. Als die Türkei das russische S-400-Luftverteidigungssystem gekauft hatte, schloss die erste Trump-Administration das Land aus dem F-35-Programm aus und verhängte 2020 die CAATSA-Sanktionen. Washington begründete dies damit, dass der Erwerb des S-400-Systems eines Bündnispartners aus Russland unter Section 231 des CAATSA falle. Die bereits bezahlten sechs Kampffjets wurden nicht ausgeliefert.

Im Vorfeld des Gipfels hatte Trump signalisiert, die Lieferung von 80 F110-Triebwerken zu genehmigen. Sie sind unabdingbar für Weiterentwicklung und Serienproduktion des türkischen KAAN-Kampffjets, der von dem Unternehmen *Turkish Aerospace Industries* (TUSAŞ) gebaut wird.

Der von Trump in Aussicht gestellte Kurswechsel in der US-Rüstungspolitik gegenüber der Türkei hat bisher nicht stattgefunden. In einer Pressekonferenz zum Abschluss des Nato-Gipfels in Ankara erklärte Trump entgegen seiner vorherigen Ankündigung lediglich, dass die betreffenden Fälle — die Aufhebung von CAATSA-Sanktionen sowie die Lieferung von F-35-Kampffjets und F-110-Triebwerken — geprüft werden sollen.

Zwar wurde die politische Annäherung zwischen Ankara und Washington im Rahmen des Nato-Gipfels fortgesetzt, doch wurde keine belastbare institutionelle Grundlage für die bilaterale Verteidigungskooperation geschaffen. Jüngst würdigte das *State Department* Ankaras Beitrag zu Anti-IS- und Antiterroroperationen im Nahen Osten sowie die konstruktive Rolle der Türkei beim »Gaza-Friedensplan« als Mitglied des Friedensrats (Board of Peace). Gleichwohl hängt das Verhältnis der beiden Staaten — abgesehen vom Nato-Rahmen — nach wie vor maßgeblich von der persönlichen Beziehung zwischen den beiden Präsidenten ab. Ein Durchbruch in den Beziehungen zwischen Ankara und Washington ist kurzfristig nicht in Sicht.

Ankara war bestrebt, die Abhängigkeit von ausländischen Unternehmen und Zulieferern im Verteidigungsbereich zu reduzieren. Der Nato-Gipfel offenbarte allerdings ein weiteres Mal, dass die bislang als Ausdruck wachsender strategischer Autonomie angesehenen Fortschritte in der türkischen Verteidigungsindustrie im Zuge ihrer Fortentwicklung paradoxerweise neue technologische Abhängigkeiten mit sich bringen. Diese erfordern eine vertiefte rüstungsindustrielle Integration mit den USA und der EU.

### Im Spannungsfeld von »strategischer Autonomie« und Westkurs

Aktuelle Bestrebungen, die Türkei fester in die transatlantischen Bündnisstrukturen einzufügen, und die Wiederannäherung an die USA sind kein Ausdruck einer abrupten sicherheitspolitischen Reorientierung Ankaras. Bereits das langjährige Bemühen um die Ausrichtung eines Nato-Gipfels verdeutlicht den Anspruch der Türkei, ihre Rolle im Bündnis aufzuwerten, ihre Verankerung in der Nato zu stärken und ihre strategische Bedeutung für die europäische Sicherheitsarchitektur hervorzuheben.

In den 2010er Jahren vollzog die türkische Regierung einen außenpolitischen Kurswechsel, der unter dem Leitbegriff »strategische Autonomie« stand. Dieser markierte eine doppelte Neuorientierung: Zum einen löste sich Ankara von der traditionellen »Westorientierung«, zum anderen stellte es das bisherige Selbstverständnis der Türkei als Teil der »westlichen Welt« in Frage. An dessen Stelle trat das Leitbild der größtmöglichen außenpolitischen Handlungsautonomie. In ihrer Außenpolitik vertrat die Türkei in wachsendem Maße regionalpolitische Positionen, die mit denen westlicher Partner kollidierten — in Syrien besonders mit Positionen von USA und EU, in Libyen und im Südkaukasus vor allem mit jenen Frankreichs. Zugleich weitete Ankara seinen machtpolitischen Einfluss im Nahen Osten aus, was Span-

nungen mit amerikanischen und europäischen Bündnispartnern auslöste. Diese Neuorientierung rechtfertigten türkische Entscheidungsträger mit Verweis auf Erfordernisse einer zunehmend multipolaren Welt.

»Strategische Autonomie« bedeutete jedoch keine Absage an die Nato-Mitgliedschaft. Ohne die Einbindung in die transatlantischen Sicherheitsstrukturen in Frage zu stellen, setzte Ankara auf eine interessenbasierte, flexible Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteuren. Dies zeigte sich zunächst in der Annäherung an die BRICS-Plus-Staaten, in den Bemühungen um Kooperation mit der *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) sowie in der Zusammenarbeit mit Russland in Syrien.

Außenpolitischer Aktivismus, militärische Interventionen in Regionalkonflikten, eine multidimensionale Diplomatie sowie sicherheitspolitische Kooperationen mit den Staaten der Region trugen wesentlich dazu bei, dass die Türkei zu einer bedeutenden Regionalmacht aufstieg. In Libyen wirkte Ankara auf die Eindämmung russischen Einflusses hin, im Südkaukasus verbesserte es durch seine Unterstützung für Aserbaidschan im Krieg um Bergkarabach seine regionale Machtposition zum Nachteil Russlands. Mit der militärischen Unterstützung für die Ukraine, der Kontrolle des Zugangs zum Schwarzen Meer sowie der Vermittlung des Schwarzmeer-Getreideabkommens unterstrich die Türkei zugleich ihre sicherheitspolitische Bedeutung für die Nato. Auch zu Beginn des Gaza-Kriegs gewann Ankara wegen seiner Gesprächskanäle zur Hamas und zu anderen regionalen Akteuren an diplomatischem Gewicht.

Der strategische Wert der Türkei für die westlichen Bündnispartner nahm in den letzten Jahren nicht deshalb zu, weil die Meinungsverschiedenheiten überwunden wurden, sondern weil das veränderte Sicherheitsumfeld eine intensivere funktionale Zusammenarbeit trotz fortbestehender politischer Differenzen begünstigt. Dadurch ließ sich die Zusammenarbeit in einzelnen Politikfeldern, etwa in der Schwarzmeerregion oder in Teilen Syriens, von den fort-

**Türkei: Bruttoinlandsprodukt und Militärausgaben**

|      | <i>Bruttoinlandsprodukt (BIP)<br/>nominal (in Mrd. US-Dollar)</i> | <i>Militärausgaben, konstante Preise<br/>von 2024 (in Mrd. US-Dollar)</i> | <i>Militärausgaben<br/>(in % des BIP)</i> |
|------|-------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------|
| 2016 | 870,34                                                            | 13,80                                                                     | 2,05                                      |
| 2017 | 863,91                                                            | 14,81                                                                     | 2,04                                      |
| 2018 | 807,32                                                            | 18,79                                                                     | 2,49                                      |
| 2019 | 775,22                                                            | 19,98                                                                     | 2,64                                      |
| 2020 | 730,35                                                            | 16,98                                                                     | 2,16                                      |
| 2021 | 827,67                                                            | 17,28                                                                     | 1,81                                      |
| 2022 | 924,75                                                            | 18,51                                                                     | 1,62                                      |
| 2023 | 1.153,30                                                          | 22,06                                                                     | 1,69                                      |
| 2024 | 1.358,25                                                          | 25,01                                                                     | 1,84                                      |
| 2025 | 1.597,30                                                          | 26,81                                                                     | 1,91                                      |

Quellen: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), International Monetary Fund (IMF).

dauernden Konflikten in anderen Bereichen entkoppeln.

Die Reorientierung Ankaras auf den »Westen« – mit dem Ziel einer solideren Verankerung in der Nato und in der entstehenden europäischen Sicherheitsarchitektur sowie der Annäherung an die USA – ist vor allem auf dieses veränderte sicherheitspolitische Umfeld zurückzuführen. Maßgeblich sind die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, die anhaltenden Konflikte im Nahen Osten sowie die beschleunigte Aufrüstung der europäischen Nato-Staaten. Unter diesen Bedingungen gewinnt die Einbindung der Türkei in die euroatlantischen Sicherheits- und Rüstungsstrukturen wieder an Bedeutung. Damit verschiebt sich Ankaras außen- und sicherheitspolitischer Schwerpunkt schrittweise von einer primär auf »strategische Autonomie« ausgerichteten Politik hin zu einer stärkeren Bündnisintegration.

Beobachten lässt sich Letztere auch in der wachsenden militärischen Präsenz der Nato in der Türkei. Das Bündnis unterhält bereits mehrere strategisch bedeutsame Einrichtungen im Land, darunter zwei Stützpunkte und eine Radarstation. Im Zuge der Beschlüsse, die im Vorfeld des

Nato-Gipfels getroffen wurden, wird diese Präsenz weiter ausgebaut. So verlegte Deutschland Ende Juni 2026 ein zusätzliches Patriot-Luftverteidigungssystem mit rund 15 Soldatinnen und Soldaten nach Malatya im Süden der Türkei. Zudem richtet die Nato ein neues multinationales Korpshauptquartier am Bosporus ein. All diese Maßnahmen unterstreichen, dass die Türkei für die Abschreckungs- und Verteidigungsplanung des Bündnisses immer wichtiger wird.

Nach Angaben des *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI) sind die türkischen Verteidigungsausgaben deutlich gestiegen. Zwischen 2015 und 2025 erhöhten sich die realen Militärausgaben von rund 11,8 auf ungefähr 26,8 Milliarden US-Dollar. Dies entspricht einem Anstieg um 15 Milliarden US-Dollar beziehungsweise rund 128 Prozent. Besonders seit 2020 hat sich das Wachstum der Ausgaben beschleunigt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt bewegten sich die Verteidigungsausgaben der Türkei in den vergangenen Jahren überwiegend im Bereich von circa 1,6 bis 2,6 Prozent. Damit lagen sie nur zwischen 2016 und 2020 über dem von der Nato seit 2014 angestrebten Richtwert von zwei Prozent.

Offen ist, inwieweit und bis wann die Regierung angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen fünf Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben bereitstellen wird.

Die veränderte sicherheitspolitische Rolle der Nato spiegelt sich zunehmend auch in der öffentlichen Meinung wider. Laut einer im Juli 2026 veröffentlichten Umfrage der türkischen Denkfabrik *IstanPol* bewerteten 64,3 Prozent der Befragten die Nato-Mitgliedschaft als vorteilhaft für die Sicherheit der Türkei. Im März 2026 hatte dieser Wert noch bei 61 Prozent gelegen. 51,1 Prozent waren der Ansicht, dass die Nato-Mitgliedschaft der Türkei während des Konflikts zwischen den USA und Iran zusätzlichen Schutz bietet. 55,1 Prozent glaubten, dass die Ausrichtung des Nato-Gipfels das internationale Ansehen der Türkei erhöht.

### Balancieren zwischen Nato und Russland im Schwarzmeerraum

Die veränderten sicherheitspolitischen Dynamiken im Schwarzmeerraum erschweren es Ankara zusehends, seine Balancepolitik zwischen Russland und dem Westen fortzuführen. Gleichzeitig lehnt die Türkei eine vollständige Einbindung in die Nato-Strategie im Schwarzen Meer ab und beansprucht weiterhin einen eigenständigen sicherheitspolitischen Handlungsspielraum.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stützt Ankara seine Gleichgewichtspolitik vorrangig auf das Montreux-Übereinkommen über die türkischen Meerengen Bosporus und Dardanellen. Dieses Abkommen von 1936 begrenzt die Präsenz von Kriegsschiffen von Nichtanrainerstaaten im Schwarzen Meer durch Vorgaben zu Tonnage, Anzahl und Aufenthaltsdauer. Damit schränkt es vor allem die Möglichkeit einer dauerhaften Stationierung größerer Nato-Seestreitkräfte ein.

Infolge der Bestimmungen des Abkommens blieb es westlichen Staaten weitgehend verwehrt, im Schwarzen Meer eine Marinepräsenz aufzubauen. Das erweiterte den außenpolitischen Handlungsspielraum

der Türkei. Auf diese Weise konnte sich Ankara als Vermittler positionieren, ohne dass die Bündniszugehörigkeit der Türkei grundsätzlich in Frage gestellt wurde.

### Wachsende Zielkonflikte der türkischen Schwarzmeerpolitik

Die Nato stärkt im Schwarzmeerraum ihre Abschreckungsfähigkeit, baut ihre Verteidigungskapazitäten dort aus und strebt eine intensivere Integration und Verzahnung militärischer Fähigkeiten mit regionalen Verteidigungsansätzen an.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Schwarzmeerregion zu einem zentralen Schauplatz sicherheitspolitischer Konkurrenz zwischen Russland und dem transatlantischen Bündnis gemacht. Zugleich gewinnt der Wettbewerb im Schwarzen Meer über die militärische Dimension hinaus an Bedeutung. Die Erschließung von Erdgasvorkommen, der Schutz kritischer maritimer Infrastruktur sowie die Sicherung von Energie- und Transportkorridoren erweitern das Spektrum strategischer Interessen. Für die Türkei erhöht sich damit die Herausforderung, ihre Rollen als regionaler Akteur, Nato-Mitglied und Vermittler zwischen unterschiedlichen Machtzentren miteinander zu vereinbaren. Damit steigt auch das Risiko, dass das Land in eine sicherheitspolitische Konfrontationsdynamik zwischen Russland und der Nato gerät.

Die Nato reagiert darauf mit einem regional ausgerichteten Ansatz und baut dabei vor allem auf die Fähigkeiten der Schwarzmeeranrainer. Im Mittelpunkt stehen die Seestreitkräfte und militärischen Kapazitäten der Türkei, Rumäniens und Bulgariens, die enger in Nato-Planungen und Kommandostrukturen eingebunden werden. Nichtanrainer wie die USA, Großbritannien und Frankreich unterstützen diesen Ansatz durch Aufklärung, logistische Fähigkeiten, Luftstreitkräfte und rotierende maritime Präsenz. Diese Vorgehensweise ermöglicht es der Nato, ihre Abschreckungsfähigkeit im Schwarzen Meer auszubauen, ohne das Montreux-Übereinkommen zu verletzen.

Die auf dem Nato-Gipfel in Ankara beschlossenen Maßnahmen lassen sich in diesem Zusammenhang als Elemente einer weiteren Institutionalisierung des regionalen Ansatzes deuten. Das gilt auch für den Ausbau des rumänischen Luftwaffenstützpunkts Mihail Kogălniceanu zu einem zentralen militärischen Standort der Allianz an der Schwarzmeerküste.

Aus diesem Prozess erwachsen Zielkonflikte für die Türkei. Einerseits ist Ankara wegen seiner geographischen Lage, seiner Kontrolle über die Meerengen und seiner militärischen Fähigkeiten ein Hauptakteur an der Südostflanke der Nato. Andererseits versucht die türkische Regierung weiterhin, ihre eigenständige sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit gegenüber Russland zu bewahren.

Diese Entwicklung ist Teil eines umfassenderen Wandels der Nato. Das Bündnis erweitert seinen traditionellen Schwerpunkt auf territoriale Verteidigung um einen Ansatz integrierter Abschreckung. Dieser verbindet konventionelle Streitkräfte, Nachrichtendienste, technologische Fähigkeiten und die Kooperation mit Partnerstaaten enger miteinander.

Aus russischer Sicht verstärkt sich dieser Eindruck durch die intensiver werdende sicherheitspolitische Kooperation zwischen der Türkei und der Ukraine. Vor allem türkische Rüstungsexporte und Technologietransfers, darunter von unbemannten Luftfahrzeugen, interpretiert Moskau in wachsendem Maße als Bestandteil einer Sicherheitsarchitektur, die sich gegen Russland richtet.

Daher sieht Ankara sich vor die Aufgabe gestellt, in seinem geo- und regionalpolitischen Kalkül sorgfältiger zu beachten, dass das Schwarze Meer langfristig ein Schwerpunkt der Abschreckungs- und Verteidigungspolitik der Nato bleiben wird.

### »Westorientierung« statt »strategischer Autonomie«?

Es gibt gute Gründe dafür, die Türkei mehr in die Nato und die europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden sowie eine

engere rüstungspolitische Zusammenarbeit der Türkei mit der EU und den USA zu befürworten. Dazu zählen rüstungspolitische Faktoren, und zwar vornehmlich technologische und absatzpolitische Abhängigkeiten von den USA und EU-Staaten, ebenso wie sicherheitspolitische Herausforderungen, etwa durch Russland oder den militärischen Machtzuwachs Israels. In diesem Kontext wird in Expertenkreisen, vorwiegend unter Diplomaten und Think-Tank-Mitarbeitern, in Betracht gezogen, dass die türkische Geopolitik sich vom Leitbild »strategische Autonomie« abwenden könnte.

Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass sich die regionalpolitischen Bedrohungswahrnehmungen der Türkei trotz der sicherheitspolitischen Annäherung weiterhin von denen ihrer Bündnispartner unterscheiden. Das gilt besonders im Hinblick auf Israel sowie dessen (trilaterale) Zusammenarbeit mit Griechenland und der Republik Zypern. Dies spricht ebenfalls dafür, dass ein anderes Szenario wahrscheinlicher ist.

Grundlegende Divergenzen zeigen sich auch in den Vorstellungen über Russlands Rolle in einer künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur. Der türkische Außenminister Hakan Fidan erklärte nach seiner Moskaureise im Juni 2026 und im Vorfeld des Nato-Gipfels, Russland dürfe von einer künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur nicht ausgeschlossen werden.

Angesichts der Konflikte im Nahen Osten forderte Ankara die Nato auf, sich nicht ausschließlich auf die Ostflanke zu konzentrieren, sondern den Bedrohungen an ihrer Südflanke mehr Aufmerksamkeit zu widmen. In diesem Punkt blieb die Abschlusserklärung des Gipfels jedoch zurückhaltend: Terrorismus wurde darin lediglich allgemein als ernsthafte Bedrohung für das Bündnis bezeichnet. Zugleich jedoch wurde ausdrücklich bekräftigt, dass Iran niemals in den Besitz von Kernwaffen gelangen dürfe. Die sicherheitspolitischen Prioritäten der Nato und der Türkei stimmen also nach wie vor nur teilweise überein.

Die türkische Regierung betrachtet Israel inzwischen als die größte Bedrohung für die nationale Sicherheit. Schon seit Jahren



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

#### SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN (Print) 1611-6364  
ISSN (Online) 2747-5018  
DOI: 10.18449/2026A39

prangern Erdoğan und sein Außenminister Fidan die israelische Regionalpolitik mit scharfen Worten an. So kritisierte der türkische Präsident während des Nato-Gipfels 2025 erneut das Vorgehen Israels im Gaza-Streifen und im Libanon.

Das Verhältnis der Türkei zu den Bündnispartnern enthält ein Paradox: Während die geopolitische und militärische Bedeutung der Türkei wächst, schwindet das politische Vertrauen in Präsident Erdoğan. Auch umgekehrt besteht in der Türkei in Regierungs- und Militärkreisen sowie in der Bevölkerung Skepsis gegenüber der Bündnistreue. In einer Umfrage der Denkfabrik *IstanPol* stimmten 40,2 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Nato der Türkei im Falle einer Krise zwischen der Türkei und Israel zur Seite stehen würde; 34,3 Prozent widersprachen dieser Einschätzung. 43,1 Prozent glaubten, dass die Nato die Türkei im Falle eines Angriffs verteidigen würde, während 32,1 Prozent dies nicht erwarteten. 41,7 Prozent meinten, dass die Türkei »in der Außenpolitik unabhängig von der Nato handeln« solle.

Diese ambivalente Wahrnehmung der türkischen Bevölkerung gegenüber der Nato spiegelt zugleich die Spannung wider, in der sich die türkische Sicherheitspolitik bewegt: Einerseits wird die sicherheits- und rüstungspolitische Kooperation der Türkei mit den Nato-Partnern immer dringlicher, andererseits hegen Teile der Gesellschaft und Entscheidungsträger Zweifel an der Verlässlichkeit des Bündnisses. Die jüngsten Aussagen des türkischen Verteidigungsministers Yaşar Güler beispielsweise geben einen Hinweis auf die zukünftige Strategie der Türkei. Laut Güler sei die Zeit einer ausschließlichen sicherheitspolitischen Abstützung auf die Nato vorbei. Zusätzliche Sicherheitsmechanismen seien notwendig.

Es ist davon auszugehen, dass Ankara seine eigenständige Politik in seiner nahöstlichen Nachbarschaft fortsetzen wird. Die Beziehungen der Türkei zu Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten,

Katar und Oman haben sich zu Sicherheitspartnerschaften entwickelt.

Auf eine selbstbestimmtere Außenpolitik mit gewisser Distanz zur Nato deuten auch normativ-identitäre Differenzen zwischen der Türkei und den transatlantischen Bündnispartnern hin. Die innenpolitische Ausrichtung der türkischen Regierung steht nicht im Einklang mit dem Charakter der Nato als Wertegemeinschaft. Anders als die säkularen, westlich orientierten Staatseliten in der Zeit von 1947 bis 2002 sind für die neuen, national-islamistisch orientierten Staatseliten die »europäische Identität« der Türkei und ihre Zugehörigkeit zur »westlich-europäischen Wertegemeinschaft« mehr als umstritten. Zwar steht diese normativ-identitäre Dimension aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage und der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht im Vordergrund. Belanglos ist sie aber keineswegs.

Brüssel und Berlin sollten sich daher auf ein Szenario einstellen, in dem die »strategische Autonomie« an die neuen geo-, regional- und rüstungspolitischen Erfordernisse angepasst wird. Ein Zurück zur »Westorientierung«, wie sie aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg oder zuletzt im Zeitraum von 1998 bis 2005 im Zuge der Bemühungen um einen Beitritt der Türkei zur EU bekannt war, ist unter einer Regierung Erdoğan nicht zu erwarten.

Die EU wie auch Deutschland sollten in ihr geo- und sicherheitspolitisches Kalkül einbeziehen, dass Ankara weiterhin seine außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Fühler in mehrere Richtungen ausstrecken wird. Dazu gehört eine eigenständige Balancepolitik, auch gegenüber Russland, da beide Staaten ein Interesse daran haben, eine direkte militärische Konfrontation zu vermeiden.

Je stärker die Nato ihre Präsenz im Schwarzen Meer im Rahmen des Montreux-Abkommens ausbaut, desto schwieriger wird es für die Türkei sein, ihre Handlungsspielräume zu bewahren.

Dr. Yaşar Aydın ist Wissenschaftler am Centrum für angewandte Türkeistudien (CATS) an der SWP.

Das Centrum für angewandte Türkeistudien (CATS) wird gefördert durch die Stiftung Mercator und das Auswärtige Amt.